

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, den 22.11.2016, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ratsmitglied Monika Medic SPD

Stv. Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Achim Schyns SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Claudia Moll für Herrn RM Dietmar Schultheis SPD

Frau Ratsmitglied Petra Ott SPD

Herr Ratsmitglied Ugur Uzungelis SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Frank Kortz CDU

Frau Ratsmitglied Maria Mund CDU

Herr Ratsmitglied Thomas Schlenter für Herrn RM Marc Müller CDU

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Ratsmitglied Franz-Dieter Pieta Bündnis 90/Die Grünen

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Mariethres Kaleß Dt. Kinderschutzbund e.V.

Frau Petra Kogel SkF e.V.

Herr Sven Krott Karnevals-Komitee der Stadt Eschweiler e.V.

Frau Andrea Pfeiffer Kinderferien- und Freizeitwerk Eschweiler-Röhe e.V.

Herr Leonhard Rath Arbeiterwohlfahrt e.V.

Herr Heinz-Peter Wiesen bis einschl. TOP 3.3 Stadtjugendring

Beratende Mitglieder der Verwaltung

Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Stefan Kaeffer Beigeordneter und Stadtkämmerer Verwaltung

Herr Jürgen Termath Jugendamtsleiter Verwaltung

Weitere beratende Mitglieder

Frau Doris Bastian Jobcenter StädteRegion Aachen

Herr Andreas Dittrich DIE LINKE

Herr Wolfgang Gerhards Katholische Kirche

Herr Dr. Josef Michels Gesundheitsamt StädteRegion Aachen

Frau Anita Permantier Vertreterin der Kindertageseinrichtungen

Frau Andrea Rahmen Jugendamtselternbeirat

Herr KHK Franz Schmitz Polizeipräsidium Aachen - K44 -

Frau Michaela Silbernagel Vertreterin der Schulen

Frau Erika Spies UWG

Herr Pfarrer Wolfgang Theiler Evangelische Kirche

Frau Dorothea Weißels FDP

Von der Verwaltung

Frau Dorothea Kohlen 51 Verwaltung

Herr Ludger Leister Personalrat Verwaltung

Herr Michael Mathar	512	Verwaltung
Herr Ingo Offermanns	14	Verwaltung
Herr Olaf Tümmeler	510	Verwaltung
<u>Schriftführer/in</u>		
Frau Nicole Schiffer	510	Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Marc Müller CDU

Weitere beratende Mitglieder

Frau Christiane Müller Agentur für Arbeit Aachen-Düren
 Integrationsratsmitglied Kasim Ramic Integrationsrat
 Frau Gertrud Wollschläger-Dulle Vormundschaftsgericht/Jugendrichterin

Die Avors. Frau RM Medic eröffnete die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die sachkundigen Bürger, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Jugendlichen des Kids Projekts sowie die anwesenden Zuhörer. Darüber hinaus begrüßte sie die Vorsitzende des Jugendamtseaternbeirates, Frau Andrea Rahmen, und gratulierte ihr zur Wiederwahl.

Die Vorsitzende Frau RM Medic stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses gegeben sei.

Frau Spies regte an, den Tagesordnungspunkt 3.6 – Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes – im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 1 – Haushalt 2017 – Jugendhilfeetat – zu behandeln.

Weitere Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Haushalt 2017 - Jugendhilfeetat -	318/16
2	Spielplatzsituation im Stadtteil Röhe; hier: Antrag der CDU Stadtratsfraktion vom 26.10.2015	266/16
3	Kenntnisgaben	
3.1	Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs an Randzeitenbetreuung; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.03.2016	321/16
3.2	Zusammenarbeit im Kinderschutz	309/16
3.3	Übersicht von Angeboten und Projekten im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit für das Jahr 2017	317/16
3.4	Netzwerk Kinderarmut	322/16
3.5	Kinder- und Jugendschutz in der Karnevals-session 2016/2017	316/16
3.6	Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes	329/16
4	Anfragen und Mitteilungen	

Nicht öffentlicher Teil

5	Kenntnisgaben	
5.1	Beschlusskontrolle	325/16
6	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Haushalt 2017 - Jugendhilfeetat - 318/16

Auf Vorschlag von Frau Spies wurde der Tagesordnungspunkt 3.6 – Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes – vorgezogen. Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer wies darauf hin, dass eine Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes für den 01.01.2017 vorgesehen sei. Bisher wurde Unterhaltsvorschuss längstens bis zum 12. Lebensjahr des Kindes sowie für die Dauer von maximal 6 Jahren gezahlt. Die Gesetzesänderung sehe dagegen eine Ausweitung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ohne eine zeitliche Beschränkung vor. Aus kommunaler Sicht ist eine kurzfristige Umsetzung der geplanten gesetzlichen Neuregelung zum 01.01.2017 nicht möglich. Allein die Rekrutierung und Einarbeitung des zusätzlichen Personals ist in dieser Zeitspanne nicht zu leisten. Darüber hinaus erklärte Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer, dass ca. 80 % der Leistungsberechtigten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auch gleichzeitig Bezieher/innen von SGB-II-Leistungen seien, so dass in diesen Fällen aufgrund der Vorrangigkeit des Unterhaltsvorschussgesetzes eine Anrechnung auf die Leistungen nach dem SGB II erfolgt und die Anspruchsberechtigten dadurch nicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung hätten.

Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion mit Schreiben vom 16.11.2016 (Anlage) den Antrag an die Verwaltung gestellt habe, für die Einrichtung eines Jugendgremiums in Form eines Jugendparlaments, -beirats oder einer Stadtschülervertretung Haushaltsmittel in Höhe von 2.500,00 Euro in den Haushalt für 2017 einzustellen. Auf Einwand von Frau RM Mund, weshalb der Betrag nicht bereits in der Veränderungsliste, die der Vorlage seitens der Verwaltung beigelegt wurde, enthalten sei, erwiderte Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer, dass die Verwaltungsvorlage zum Zeitpunkt des Eingangs des Änderungsantrages bereits erstellt und verschickt worden war. Nach sehr umfangreichen Diskussionen und dem Hinweis, dass die Thematik ja bereits in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung behandelt worden sei, wurde der Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 2.500,00 Euro für das Jahr 2017 mehrheitlich abgelehnt.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl dem Rat, die Haushaltsvoranschläge für die Produkte

- a) 05 341 01 01 Unterhaltsvorschussleistungen
- b) 06 361 01 01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- c) 06 362 01 01 Kinder- und Jugendförderung
- d) 06 363 01 01 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
- e) 13 551 01 01 Öffentliches Grün - Teilbereich Kinderspielplätze -

entsprechend dem Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2017 unter Berücksichtigung der beigelegten Veränderungsliste des Jugendamtes zu beschließen.

2 Spielplatzsituation im Stadtteil Röhe; hier: Antrag der CDU Stadtratsfraktion vom 26.10.2015 266/16

Herr RM Kortz teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion grundsätzlich die Errichtung eines weiteren Spielplatzes – unabhängig vom Standort - für erforderlich halte, gleichwohl sie aber zunächst dem Beschlussentwurf folgen werden. (Anmerkung der Schriftführerin: Derzeit sind 28 Kinder im Alter von 1 – 14 Jahren aus dem Einzugsgebiet betroffen, Stand: 31.12.2015).

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassten sodann einstimmig den nachfolgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU Stadtratsfraktion zur Errichtung eines neuen Spielplatzes im Stadtteil Röhe wurde zum derzeitigen Zeitpunkt abgelehnt.

3 Kennnisgaben

3.1 Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs an Randzeitenbetreuung; 321/16 hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.03.2016

Zunächst gab Herr Termath auf Anfrage von RM Herrn Pieta Erläuterungen zur geplanten Einführung eines Onlinebasierten Anmeldeverfahrens für die Kindertageseinrichtungen.

Frau Spies vertrat die Auffassung, dass die ausgeweiteten Öffnungszeiten, wie sie die Einrichtung Immenhofkinder anbietet, auch in anderen Einrichtungen im Stadtgebiet umgesetzt werden sollten. Auch RM Herr Schyns sprach sich dafür aus, dass das Jugendamt dauerhaft mit Trägern in Kontakt bleiben solle, um ggf. zu einem späteren Zeitpunkt ausgedehnte Öffnungszeiten anbieten zu können.

Die Vertreterin des Jugendamtselternbeirates, Frau Andrea Rahmen, gab Kritik der Eltern bzgl. der Fragebögen an die Verwaltung weiter und bot die Mitarbeit des Jugendamtselternbeirates bei zukünftigen Befragungen an.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahmen die Auswertung der Fragebögen sowie das weitere Vorgehen zur Fortschreibung des Teilfachplanes „Kindertagesbetreuung“ zur Kenntnis.

3.2 Zusammenarbeit im Kinderschutz 309/16

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahmen den Sachverhalt der Verwaltungsvorlage Nummer 309/16 zur Zusammenarbeit im Kinderschutz – Abschluss einer Vereinbarung gem. § 4 KGG zwischen den Jugendämtern der StädteRegion Aachen und der KJPP Aachen zur Kenntnis.

3.3 Übersicht von Angeboten und Projekten im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit für das Jahr 2017 317/16

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nahmen den Sachverhalt der Verwaltungsvorlage Nummer 322/16 zu den im Jahr 2017 geplanten Angeboten und Projekten im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit sowie die ergänzenden Ausführungen des Beigeordneten und Stadtkämmerers Herrn Kaever, von Herrn Termath und Herrn Tümmeler zur Kenntnis.

3.4 Netzwerk Kinderarmut 322/16

Frau Dorothea Kohlen, Mitarbeiterin des Jugendamtes Eschweiler, stellte in Ergänzung zur Verwaltungsvorlage Nummer 322/16 eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Kinderarmut sowie die Aktivitäten des Netzwerk „Flügel Schlag – Starke Kinder an der Inde“ anhand der in der Anlage beigefügten PowerPointPräsentation vor.

3.5 Kinder- und Jugendschutz in der Karnevals-session 2016/2017 316/16

Der Sachverhalt der Verwaltungsvorlage Nummer 316/16 zum Kinder- und Jugendschutz in der Karnevalssession 2016/2017 wurde zur Kenntnis genommen.

3.6 Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes 329/16

Das Thema wurde bereits unter Tagesordnungspunkt 1 behandelt.

4 Anfragen und Mitteilungen

Weitere Anfragen und Mitteilungen im öffentlichen Teil lagen nicht vor.